

Pressemitteilung

des BUND Ortsverbandes Backnanger Bucht
vom 23.03.2018



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Ortsverband Backnanger Bucht e.V.
bund.backnanger-bucht@bund.net
<http://facebook.de/BUNDBacknang>

Petitionsausschuss des Landtages fordert die Herstellung rechtmäßiger Zustände im Falle des Gebäudes Windmüller


In seiner 18. Sitzung am 22. März 2018 entschied der Petitionsausschuss des Landtags Baden-Württemberg, im Falle des Gebäudes Windmüller in Backnang die Herstellung rechtmäßiger Zustände zu verlangen. Einstimmig votierte der Ausschuss dafür, die Petition von Prof. Dr. Andreas Brunold, Vorstandsmitglied des BUND Ortsverbandes Backnanger Bucht, an die Landesregierung zu überweisen, und dies verbunden mit der Maßgabe, dass diese gegenüber der Stadt Backnang per Weisung auf die Einhaltung rechtmäßiger Zustände hinwirkt.

Mit dem Beschluss des Petitionsausschusses erfolgt nun ein weiterer wichtiger Schritt zur Durchsetzung eines vom BUND Ortsverband Backnanger Bucht seit Jahren geforderten europarechtskonformen Hochwasserschutzes in Backnang bzw. an der Murr. Mit diesem Beschluss des Petitionsausschusses wird nun auch offenkundig, dass vor allem auch die für die Fachaufsicht zuständigen Behörden, so das Landratsamt Rems-Murr-Kreis sowie das Regierungspräsidium Stuttgart, sich nicht imstande gesehen haben, die wasserrechtlichen Erfordernisse gegenüber dem Bauherrn durchzusetzen.

So wurde die Stadtverwaltung bereits vor der Baugenehmigung vom Landratsamt Rems-Murr-Kreis mehrfach darauf hingewiesen, dass eine wasserrechtliche Genehmigung für dieses Gebäude zwingend notwendig sei. Statt den Bau einstellen zu lassen, hatten OB Dr. Nopper und der Bauherr Windmüller - mit Hilfe von MdL Gruber und dem damaligen Regierungspräsidenten Schmalzl - im Haus der Abgeordneten des Landtags in Stuttgart dann die notwendige Umsetzung des Retentionsraumausgleichs umgangen, obwohl Umweltminister Franz Untersteller in einem Schreiben an MdL Gruber zuvor ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass es diesbezüglich keinen Handelsspielraum gibt.

Mit dem jetzigen Beschluss wird die Regierung ausdrücklich dazu aufgefordert, die Stadt anzuweisen, wieder rechtmäßige Zustände herzustellen - sei es durch die Ausweisung der erforderlichen Retentionsflächen oder durch eine nachträgliche Ausnahmegenehmigung mit entsprechenden Auflagen.

Wie dies allerdings erfolgen kann, ist jedoch höchst ungewiss. So ist nach Erkenntnissen des BUND Ortsverbandes Backnanger Bucht die Retentionsraumkapazität in den Oberen Toswiesen



bereits heute durch verschiedene Auffüllmaßnahmen der Stadt Backnang in verschiedenen Überschwemmungsgebieten der Stadt aufgebraucht bzw. erschöpft. Insofern ist aktuell kein Ausgleich durch ein Retentionsraumregister mehr möglich, zumal auch die Neuberechnung der obligatorischen Hochwassergefahrenkarten seit geraumer Zeit aussteht und daher belastbare Daten fehlen.

Es ist klar erkennbar, dass vor allem das Baudezernat den Gemeinderat nur sehr unzulänglich bzw. gefiltert mit den notwendigen Informationen versorgt und nur das preisgibt, was nicht zu seinem Nachteil ist. Hier ist OB Dr. Nopper nun gefordert, gegenüber der erodierenden Glaubwürdigkeit der Bauverwaltung Profil zu zeigen und einem sich immer stärker verfestigenden Vertrauensschwund gegenüber dem Gemeinderat und der Bevölkerung entgegenzutreten.

Im Namen des Gesamtvorstandes des BUND Ortsverbandes Backnanger Bucht

v.i.S.d.P.

Prof. Dr. Andreas Brunold

Marienburger Straße 3

71522 Backnang

Mitglied im Vorstand des BUND Ortsverbandes Backnanger Bucht

<http://facebook.de/BUNDBacknang>